



## Europäischer Aktionstag gegen die Krise 29.9.2010

Ausgerufen vom Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB)  
und unterstützt von den Sozialen Bewegungen.

### WIR ZAHLEN NICHT FÜR EURE KRISE

Steirisches Komitee: Widerstand gegen Sozialabbau und Rassismus



EGB

#### Gegen:

- » Sparmaßnahmen in Europa, Einschnitte bei Gehältern und Renten
- » Prekarisierung und Arbeitslosigkeit jüngerer und älterer Menschen
- » Deregulierung des Arbeitsrechts und sozialen Rückschritt
- » Armut und soziale Ausgrenzung
- » Zunahme der sozialen Ungleichheiten

#### Für:

- » Zugang zu hochwertigen und sicheren Arbeitsplätzen und zu Ausbildung für alle
- » Garantie einer existenzsichernden Entlohnung
- » starken Sozialschutz als Garant für sozialen Zusammenhalt und Solidarität
- » Wahrung der Kaufkraft
- » Sicherstellung einer optimalen Rentenversorgung
- » allgemein zugängliche hochwertige öffentliche und soziale Dienstleistungen



Banken sind die Infrastruktur der globalen Umverteilung und ermöglichen es den Vermögenden, ihren Reichtum zu konzentrieren und zu vermehren, auf Kosten von Mensch und Natur.

[www.antikapitalistische-linke.de](http://www.antikapitalistische-linke.de)



Vereinigte Europäische Linke  
Nordische Grüne Linke

- Für gemeinsame Aktionen der ArbeiterInnen in ganz Europa gegen die Kürzungspolitik - zur Vorbereitung weiteren Widerstands bis hin zum Streik!
- Nicht die ArbeiterInnen, RentnerInnen, Studierenden, Jugendlichen und sozial Benachteiligten sollen für die Krise zahlen, sondern die Reichen und die Banker!
- Nein zu Kürzungen der Löhne und Sozialleistungen, zu Arbeitslosigkeit, Anhebungen des Rentenalters oder Privatisierungen!
- Schluss mit der Diktatur der Finanzmärkte, der Rating-Agenturen und des IWF!
- Schluss mit den Milliardengeschenken an die Banken - Verstaatlichung der Banken im Interesse der arbeitenden Bevölkerung!

**DKP** **KOMMUNISTEN** **DE**

Protestaktion gegen den Sparkurs der EU-Regierungen und die Abwälzung der Krisenlasten



Die KPÖ kämpft für soziale Gerechtigkeit, denn das Unrecht nimmt in Österreich zu. Während sich die Superreichen (1% der Bevölkerung) trotz Wirtschaftskrise über einen jährlichen Vermögenszuwachs freuen, lebt gleichzeitig eine Million ÖsterreicherInnen an oder unter der Armutsgrenze. Viele Menschen können von einem Ganztagesjob nicht mehr leben.



Profite bleiben privat - Schulden zahlen wir alle! Systemwechsel: Jetzt!

- **Sozialisierung der Banken unter demokratischer Kontrolle "von unten"**
- **Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich - 35 Stunden JETZT!**
- **breite gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen bis hin zum Streik**
- **keine Zustimmung zum Belastungspaket durch Nationalräte, die ÖGB-Mitglieder sind**